

## **Niederschrift**

### über die Sitzung des Stadtrates - öffentlich -

Datum: 25.03.2015

Ort: Stadtverordnetensaal des Rathauses, Markt 1, 09111 Chemnitz

Zeit: 15:00 Uhr – 20:51 Uhr

Vorsitz: Frau Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig

### Beschlussfähigkeit

Soll:	61	Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeisterin
Ist:	48	Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeisterin

### Anwesenheit

#### **Entschuldigt**

Frau Dr. Heidi Becherer	SPD-Fraktion	gesundheitlich
Herr René Deschner	CDU-Ratsfraktion	dienstlich
Herr Lars Faßmann	Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN	dienstlich
Herr Andreas Marschner	CDU-Ratsfraktion	dienstlich
Frau Sabine Pester	Fraktion DIE LINKE	gesundheitlich
Frau Susanne Schaper	Fraktion DIE LINKE	dienstlich
Herr Thomas Sänger	Fraktion AfD	gesundheitlich
Herr Gordon Tillmann	FDP-Fraktion	dienstlich

#### **Verspätetes Erscheinen**

Herr Axel Brückom	SPD-Fraktion	15:14 Uhr; TOP 4; dienstlich
Herr Dr. Alexander Haentjens	CDU-Ratsfraktion	17:33 Uhr; TOP 7.7; dienstlich
Frau Ines Saborowski-Richter	CDU-Ratsfraktion	15:35 Uhr; TOP 6.2; dienstlich
Herr Michael Wirth	SPD-Fraktion	ab 18:05 Uhr; TOP 7.7; dienstlich

#### **Frühzeitiges Verlassen**

Herr Eckehard Bauer	SPD-Fraktion	19:49 Uhr; TOP 9.4; dienstlich
Herr Dr. med. Roland Katzer	Fraktion AfD	20:30 Uhr; TOP 9.5; privat
Frau Katrin Köhler	fraktionslos	19:25 Uhr; TOP 7.13; dienstlich

#### **beratend Teilnehmende**

Herr Berthold Brehm	Bürgermeister Dezernat 1
Frau Petra Liebetrau	Behindertenbeauftragte
Herr Philipp Rochold	Bürgermeister Dezernat 5
Herr Miko Runkel	Bürgermeister Dezernat 3
Frau Ute Spindler	Kinderbeauftragte

### **Bedienstete der Stadtverwaltung**

Frau Annkatrin Falk	Amtsleiterin Amt 14
Herr Bernd Gregorzyk	Amtsleiter Amt 66
Frau Beate Frech-Döring	amt. Amtsleiterin Amt 15
Herr Albert Lonsdorfer	Amtsleiter Amt 30

### **Fraktionsangestellte**

Herr Lutz Bartel	Fraktion AFD
Herr Andreas Bochmann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Andreas Felber	Fraktion VOSI/PIRATEN
Herr André Horváth	SPD-Fraktion
Herr Eduard Jenke	Fraktion FDP
Herr René Mann	CDU-Ratsfraktion
Frau Anja Schale	Fraktion DIE LINKE

### **Schriftführerin**

Frau Ramona Seidel	Sachbearbeiterin Abt. 15.4
--------------------	----------------------------

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 

Zu Beginn der Sitzung wird eine Schweigeminute zum Gedenken der Opfer des Flugzeugunglücks eingelegt.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 

Die Beschlussvorlage B-037/2015 „Berufung eines Vertreters des Stadtrates für die Mitarbeit im Arbeitskreis Europa der Stadtverwaltung und die Ausübung der politischen Vertretung der Stadt im Rahmen der Mitgliedschaft im Städtenetzwerk EU-ROCITIES“ wird vertagt.

Die Beschlussvorlagen B-019/2015 „Aufhebung der Grundschule Altendorf“ und B-035/2015 „2. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Chemnitz zur Festlegung der Schulbezirke an Grundschulen“ werden zurückgezogen.

Der Beschlussantrag BA-007/2015 „Berichterstattung aus dem Lenkungsausschuss Asyl“ wurde vom Einreicher Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zurückgezogen.

Der Beschlussantrag BA-008/2015 „Aufnahme der Hans-Sager-Schule als Oberschule in die Schulnetzplanung und bauliche Instandsetzung“ wird vom Einreicher Fraktion DIE LINKE zurückgestellt und soll im Zusammenhang mit der Schulnetzplanung behandelt werden.

Es gibt keine Anträge zur Änderung der Tagesordnung. Diese ist somit bestätigt.

- 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Stadtrates - öffentlich - vom 25.02.2015
- 

Es liegt keine Einwendung zur Niederschrift vor. Die Niederschrift gilt somit als genehmigt.

4 Informationen der Oberbürgermeisterin

---

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** informiert zu aktuellen Entwicklungen in der Innenstadt und zu den Plänen der Bahn, die Stadt wieder an den Fernverkehr anzuschließen.

**aktuelle Entwicklung der Innenstadt**

Sachstand zur Bebauung Conti-Loch und künftige Belegung durchs Technische Rathaus

Durch die Firma Kellnberger wird derzeit der Bauantrag für das gesamte Gebäude vorbereitet. Das Projekt des Technischen Rathauses wird vom Leiter des Stadtplanungsamtes, Herrn Butenop, und Herrn Schubert, dem Leiter der SE 17 begleitet. Ziel soll es sein, mit dem Umzug des Technischen Rathauses in die Innenstadt auch die Verwaltungsabläufe zu optimieren. Sie informiert, welche Bereiche und Ämter zukünftig wo untergebracht werden sollen. Dieser Plan soll in den kommenden Monaten gemeinsam mit den Mitarbeitern der Ämter weiter untersetzt werden.

weitere Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität der Innenstadt

Seit heute laufen die Vorbereitungen, um vor dem smac im Kaufhaus Schocken angemessene Sitzgelegenheiten zu schaffen.

Zur weiteren Innenstadtmöblierung informiert sie zu den Großsträuchern in Pflanzkübeln.

Mehr Belebung für die Innenstadt verspricht auch das atomino im neuen Domizil im Tietz, welches Mitte März eröffnet wurde. Hierzu sind im Zeitraum Dezember 2014 bis März dieses Jahres Umbauten durch die GGG erfolgt.

Ab Ostern startet das Modellprojekt zum kostenlosen Parken in der Chemnitzer Innenstadt für insgesamt sechs Monate. So können künftig ab Freitag 17 Uhr sowie am Samstag auf insgesamt 1700 Stellflächen kostenfrei genutzt werden. Im September erfolgt die Evaluierung durch Auswertung des Parkverhaltens, aber auch durch eine geplante Fußgängerfrequenzmessung im September mit Einbeziehung der IG Innenstadt und der IHK.

**Fernverkehr**

Die Deutsche Bahn AG hat in der vergangenen Woche in ihrer Angebotsoffensive angekündigt, Chemnitz wieder an das Fernverkehrsnetz anzubinden. Was das konkret heißt, insbesondere bei Ankündigungen, die sich auf die Jahre 2022 bzw. sogar 2032 beziehen, ist völlig unklar. Besonders auf der Sachsen-Franken-Magistrale stellt sich die Frage, wie sich die DB AG, nachdem sie den Regionalexpress auf dieser Strecke erst 2014 eingestellt hat, sich mit ihren neuen IC-Verbindungen in das ausgeschriebene neue Betriebsprogramm auf der Strecke sinnvoll einordnen will.

Auch die grundsätzliche Frage der Anbindung nach Leipzig ist weiter ungeklärt und somit fehlt nach wie vor die Strecke Chemnitz-Leipzig. Hier müssen weiter alle Verantwortlichen an der Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan arbeiten. Deswegen bittet Sie die Abgeordneten des Landtages und des Bundestages auf Ihren jeweiligen Ebenen ebenfalls weiter an diesem Thema zu arbeiten.

---

**5** Fraktionserklärungen aus aktuellem Anlass

---

**Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion)** begrüßt das Zurückziehen der Beschlussvorlagen zur Aufhebung der Grundschule Altendorf und der Festlegung von Schulbezirken an Grundschulen. Er weist darauf hin, dass zu Beginn der Diskussion zur Schulnetzplanung noch keine Rede von der Aufhebung der Grundschule Altendorf war. Er betont auch, dass die Schulnetzplanung längst vorliegen sollte. Nun gebe es große Verunsicherungen bei Eltern und Schülern. Als Beispiel für die Wichtigkeit einer fundierten Planung und dass nicht ständig Einzelfallentscheidungen getroffen werden dürfen benennt er die Grundschule Glösa. Er fordert Herrn Bürgermeister Rochold auf, eine belastbare Schulnetzplanung für die Grundschulen vorzulegen, mit welcher es Ziel sein müsse alle Grundschulstandorte zu erhalten.

Des Weiteren spricht **Herr Müller** zum Fernbahnkonzept und meint, dass dieses ein Schritt in die richtige Richtung sei. Dabei sei klar, dass die konkreten Maßnahmen noch nicht umgesetzt seien. Ziel der Stadt Chemnitz bleibe es dafür zu kämpfen, dass Chemnitz-Leipzig in den Verkehrswegeplan 2015 aufgenommen werde. Weiter äußert er sich zur Vergabesituation durch den VMS und meint, dass diese aus Sicht seiner Fraktion untragbar sei und eine andere Ausschreibep Praxis gefordert werde.

**Herr Stadtrat Fritzsche (CDU-Ratsfraktion)** weist darauf hin, dass sich im Stadtrat verständigt wurde, dass die stärkste Fraktion auch als erste ihre Fraktionserklärungen abgeben könne. Er sagt, dass sich seine Fraktion aufgrund des Flugzeugunglücks verständigt habe in der heutigen Sitzung keine Fraktionserklärungen abzugeben.

**Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** spricht ebenfalls zur Fernbahnanbindung Chemnitz. Der VMS habe die Strecke neu ausgeschrieben, wobei Qualität keine Rolle gespielt habe. Die Bahn habe im Jahr 2006 für viel Geld eine Strecke ausgebaut, welche jetzt nicht genutzt werde. Seine Fraktion fordere die Oberbürgermeisterin auf, deutliche Worte an den VMS zu richten und alles zu tun, dass wenigstens das für die Stadt Chemnitz machbare zu tun. Zum Fernbahnkonzept führt er aus, dass dies keine greifbare Realität sei und fordert die Bundes- und Landtagsabgeordneten auf sich weiterhin für Chemnitz einzusetzen.

---

**6** Petitionsvorlagen

---

6.1 Erhalt der Buslinie 76  
Vorlage: P-009/2014 Einreicher: Frau Gerda Lermer u. a. aus Chemnitz

---

Zur Vorlage wurde ein Änderungsantrag des Petitionsausschusses ausgereicht.

Abstimmung über den Änderungsantrag

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(45 Ja-Stimmen, 4 Stimmenthaltungen)**

**Beschluss P-009/2014**

Der Stadtrat beschließt, die Petition zum Erhalt der Buslinie 76 bei zukünftiger Beschlussfassung zu berücksichtigen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(45 Ja-Stimmen, 4 Stimmenthaltungen)**

- 6.2 Verbesserung des Betreuungsschlüssels in Chemnitzer Kitas  
Vorlage: P-010/2014 Einreicher: Frau Diana Kahabka aus Chemnitz u. a.
- 

**Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE)** beantragt als Mitglied des Petitionsausschusses die Petition in den Jugendhilfeausschuss zu verweisen.

Abstimmung über den Antrag auf Verweis der Petition in den Jugendhilfeausschuss

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt  
(49 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme,  
1 Stimmenthaltung)**

Die Vorlage wird somit an den Jugendhilfeausschuss verwiesen.

7 Beschlussvorlagen

---

- 7.1 Grundsatzentscheidung über die künftige Zuordnung und Struktur des Chemnitzer Stadtmarketings (aktualisierte Fassung)  
Vorlage: B-350/2014 Einreicher: Oberbürgermeisterin/00.1
- 

Zur Vorlage wurden eine aktualisierte Fassung sowie je ein Änderungsantrag der Fraktion AfD und der FDP ausgereicht.

**Herrn Stadtrat Kallscheidt (SPD-Fraktion)** freut es, dass mit dieser Vorlage das Stadtmarketing künftig nur noch unter einer Adresse zu erreichen sei und meint, dass es bisher zu viele Ansprechpartner gebe. Die Vermarktung aus einer Hand werde als Chance gesehen. Zum Änderungsantrag der FDP-Fraktion meint er, dass dies eine gute Sache wäre, er denkt aber, dass Ergebnisse aus dem Vertrag zwischen der TU und der Stadt Chemnitz nicht auf die Gesellschaft übertragen werden können. Er glaubt, dass mit dem Stadtmarketing weitere erfolgreiche Unternehmen für Chemnitz gefunden werden können. Abschließend sagt er, dass die SPD-Fraktion der Vorlage zustimmen werde.

**Herr Stadtrat Berger (Fraktion DIE LINKE)** erklärt, dass auch die Fraktion DIE LINKE der Vorlage zustimmen werde und dass die Zusammenlegung in einer Gesellschaft Vorteile bringe wozu er Beispiele benennt. Da Stadtmarketing gleichzeitig auch Standortmarketing sei, sei die enge Verbindung mit der Wirtschaftsförderung in einer Gesellschaft wichtig. Eine Gesellschaft habe auch den Vorteil, dass Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing so verbunden werden können, dass die Intentionen der Stadt und auch der ansässigen Wirtschaft umgesetzt werden. Er weist darauf hin, dass ohne Sponsoring der Wirtschaft weder die CWE noch eine Marketinggesellschaft auskommen. Deshalb sei es auch hierfür der richtige Weg eine komplexe Gesamtlösung zu finden. Seine Fraktion sei für einen neuen Namen der Gesellschaft, um so einen Neustart zu symbolisieren. Auch sei seine Fraktion für einen Beirat in der Gesellschaft. Er sagt, dass es auch in seiner Fraktion die Überlegungen gab, die anstehenden Aufgaben in einem Dezernat zusammenzufassen. Da aber ohne Zeitverlust und langwierige Strukturdiskussionen die Aufgabe angepackt werden müsse, werde seine Fraktion der Vorlage zustimmen. In zwei bis drei Jahren solle eine Überprüfung der Ergebnisse erfolgen.

**Herr Stadtrat Höhnel (CDU-Ratsfraktion)** spricht zum eingereichten Änderungsantrag seiner Fraktion und weist darauf hin, dass dieser die Intention der ursprünglichen von der Verwaltung eingebrachten Beschlussvorlage vom November 2014 beinhalte. Er führt aus, dass bereits vor 15 Jahren mit der Chemnitzer Marketing- und Tourismus GmbH eine Adresse für Marketing bestand und auch die Bündelung der Aufgaben Stadtmarketing und Standortmarketing gebe es bereits seit 2006 in der CWE. Die Frage sei lediglich, wie es umgesetzt wurde. Seine Fraktion habe mit dem Antrag das aufgegriffen, was seit längerer Zeit verfolgt werde. Auch werde sich mit dem Änderungsantrag auf eine Stellungnahme der Oberbürgermeisterin bezogen, dass Vor- und Nachteile abgewägt werden und zwingend die inhaltlichen Anforderungen einer Marketinggesellschaft formuliert. Er führt aus, dass die Vermarktung der Stadt Chemnitz in den letzten 20 Jahren immer ein Problem gewesen sei, da ständig die Themen Finanzen, Verantwortlichkeiten und Abstimmungsdefizite diskutiert wurden. So wurden in dieser Zeit acht Geschäftsführer oder leitende Mitarbeiter eingestellt. Die CDU-Ratsfraktion denke, dass es wichtig sei ein gutes Konzept zu erarbeiten und nicht neue Köpfe an die Spitze zu stellen. Dazu werden auch entsprechende Finanzen, auch über Drittmittel benötigt. Er sagt abschließend, dass seine Fraktion darum bitte, der Gründung einer neuen Gesellschaft zuzustimmen.

**Herr Stadtrat Katzer (Fraktion AfD)** erklärt, dass seine Fraktion der Auffassung sei, dass ein entsprechendes Dezernat gebildet werde und private Gesellschaften nicht immer besser arbeiten als öffentliche. Daher könnte es eine gute Lösung sein, dass die Stadt das Marketing selbst betreibe. Er bittet aus diesen Gründen um Zustimmung zum Änderungsantrag seiner Fraktion.

**Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP)** erklärt, dass seine Fraktion den Tenor der Vorlage unterstütze. Er begründet den Änderungsantrag der FDP-Fraktion damit, dass das Thema Forschung und Wissenschaft nirgendwo explizit enthalten sei, Wirtschaftsförderung mit diesem Thema allerdings losgehe und dies solle mit dem Kooperationsvertrag ausgedrückt werden. Abschließend sagt er, dass er den Arbeitstitel für falsch halte und baut darauf, dass dieser geändert werde.

**Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** führt aus, dass nicht alles in die Hände der Stadt gegeben werden sollte und es richtig sei, das Stadtmarketing außerhalb der Verwaltung anzusiedeln. Zum Änderungsantrag der FDP-Fraktion meint er, dass zunächst eine neue Führungsspitze aufgestellt werden und diese ein Konzept erarbeiten solle. Er sagt, dass seine Fraktion der Vorlage zustimmen werde, da die neue Struktur unter neuen Namen Hoffnung auf Verbesserungen mache. So sollen z. B. die Tage der Industriekultur und das Stadtfest nicht mehr durch die CWE organisiert werden und es bedürfe einer deutlichen Verschlankung der bisherigen Gesellschaft. Er betont, dass die Marketingaktivitäten besser vernetzt werden und ein gemeinsames Ziel haben müssten. Ziel müsse es sein, mehr Einwohner für Chemnitz zu bekommen. Er schlägt vor, dass der Geschäftsführer der neuen Gesellschaft über eine Provision bezahlt werde, die sich am Einwohnerwachstum messe. Den in der Vorlage enthaltenen Namen lehne seine Fraktion ab.

**Herr Stadtrat Zais (Fraktion DIE LINKE)** erinnert, dass mit dem Haushalt höhere finanzielle Mittel für das Marketing beschlossen und somit Voraussetzungen geschaffen wurden. Der Diskussionsprozess zu einer Gesellschaft sei noch nicht abgeschlossen. Die vorliegende Vorlage beinhalte zunächst nur, dass ein Geschäftsführer bestellt werde und die Aufgabe Stadtmarketing explizit in keiner Struktur verortet sei. Deshalb müsse es heute eine Zustimmung zur Vorlage geben.

**Herr Stadtrat Fritzsche (CDU-Ratsfraktion)** führt aus, dass es besser sei, sich in bestimmten Gebieten zu spezialisieren. Auch Wirtschaftsförderung sei dabei ein Thema auf welches man sich konzentrieren solle. Eine weitere Gesellschaft solle sich mit dem Stadtmarketing beschäftigen. Seine Fraktion sei skeptisch, dass eine einzige Gesellschaft die Aufgaben umfänglich erfüllen könne.

**Herr Stadtrat Katzer (Fraktion AfD)** weist auf das Wahlprogramm der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hin, in welchem eine Stabsstelle der Oberbürgermeisterin gefordert werde.

**Herr Stadtrat Höhnel (CDU-Ratsfraktion)** erklärt, dass nach Beschlussfassung die Stelle eines Geschäftsführers ausgeschrieben werde, obwohl für die Gesellschaft ein Konzept fehle. Er fragt, welche steuerlichen und rechtlichen Konsequenzen es bei einer Neugründung einer Gesellschaft für die Vermarktung der Stadt Chemnitz nach sich ziehen würde. Weiter möchte er wissen, ob die genannten 200.000 € für die Arbeit reichen würden und was passiere, wenn der neuen Gesellschaft Sponsoringmittel und Spenden angeboten werden, wo diese hingehen.

**Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** sagt zu Herrn Dr. Katzer, dass er weiterhin der Meinung sei, dass es eine Stabsstelle bei der Oberbürgermeisterin geben sollte, was einer Wirtschaftsförderungsgesellschaft jedoch nicht entgegenstehe.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** macht Ausführungen zum erfolgten Prozess, der bereits vor drei Jahren begann und sagt, dass es durch den Generationswechsel essentiell sein werde, Stadtmarketing zukünftig als Pflichtaufgabe zu begreifen. Sie weist darauf hin, dass im Haushalt bereits deutlich mehr Geld für das Thema eingestellt wurde, ohne zwingend schon die neue Struktur zu haben. Sie betont, dass die CWE in der Vergangenheit hätte Stadtmarketing betreiben und Drittmittel einwerben können, was allerdings nicht erfolgt sei. Sie sagt, dass es keinen „Königsweg“ für ein erfolgreiches Stadtmarketing gebe, hoffe aber dass mit anderer personeller Besetzung an der Spitze eine andere Philosophie gelebt werde. Sie sei davon überzeugt, dass es besser sei in einer Gesellschaft zu arbeiten, da die Schnittstellen offenbar seien und man auch finanziell noch besser gestellt sei. Sie verstehe auch, dass der Stadtrat mehr Einfluss nehmen möchte und denkt, dass überlegt werden müsse in welchem Ausschuss dieses Thema zukünftig stärker angesiedelt werden solle, wobei es immer ein Querschnittsthema sein werde. Zum Änderungsantrag der FDP-Fraktion sagt **Frau Oberbürgermeisterin Ludwig**, dass die TU als Anstalt des Öffentlichen Rechts Probleme bei der Kooperation mit privaten Gesellschaften habe. Sie findet es richtig, dass das Thema Forschung und Entwicklung und die Schnittstellen Wirtschaftsförderung/Forschung/Entwicklung nochmals neu definiert werden. Sie sagt, dass der zu gründende Beirat neben dem Ausschuss eine gute Form der Beratung sein werde. Sie stellt richtig, dass sie zu den Veranstaltungen wie z. B. Stadtfest nicht abschließend festgelegt habe, dass diese nicht mehr durch die Gesellschaft organisiert werden, sondern dass geprüft werden solle, ob diese dort richtig angesiedelt seien. Zum Namen der Gesellschaft erklärt sie, dass dieser gemeinsam gefunden werden solle.

Auf die Frage des Herrn Höhnel sagt sie, dass die zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausreichen werden, sondern dass es gelingen müsse immer mehr zusätzliche Mittel einzuwerben.

**Herr Stadtrat Höhnel (CDU-Ratsfraktion)** sagt, dass gerade aus dem Grund, dass sich in den vergangenen Jahren vieles geändert habe, der Änderungsantrag seiner Fraktion eingebracht wurde.

**Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP)** sei überzeugt, dass die Zusammenarbeit zwischen der städtischen Wirtschaft und der städtischen Verwaltung eine Stärke der Stadt Chemnitz sei. Deshalb bekümmere es seine Fraktion, dass Wirtschaft und Wissenschaft nicht im Organigramm enthalten seien. Er bringt eine Änderung des Änderungsantrages seiner Fraktion ein und schlägt mit dieser vor, dass im Organigramm unter Wirtschaftsförderung ein Punkt „Förderung von Forschung und Wissenschaft, insbesondere von Forschung/Entwicklung in mittelständigen Unternehmen“ aufgenommen werde.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** sagt, dass nicht über einzelne Punkte des Organigramms abgestimmt werden solle, sondern der Geschäftsführer müsse die Chance haben, einen Vorschlag zu machen. Sie sichert zu, dass das Thema Forschung und Entwicklung mitgenommen werde.

**Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP)** zieht mit der Zusage der Oberbürgermeisterin den Änderungsantrag seiner Fraktion zurück.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion AfD

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt**  
**(4 Ja-Stimmen, 44 Nein-Stimmen,**  
**2 Stimmenthaltungen)**

Abstimmung über den Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt**  
**(13 Ja-Stimmen, 34 Nein-Stimmen,**  
**3 Stimmenthaltungen)**

**Beschluss B-350/2014**

1. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, die bisherigen in der CWE GmbH verorteten Marketingaktivitäten im Zuge der Neuausrichtung der Gesellschaft auszubauen. Die Aufgabe der Komplettvermarktung der Stadt bzw. des Standorts Chemnitz soll die Gesellschaft zum 01.01.2016 vollumfänglich übernehmen.
2. Dem Stadtrat sind die hierfür erforderlichen Beschlüsse vorzulegen. Insbesondere soll im Zuge der Neuausrichtung der Name der Gesellschaft geändert und ein beratender Beirat installiert werden, der vom Aufsichtsrat berufen werden soll.
3. Die laufende Stadtmarketing-Kampagne wird bis zur Übernahme der Aufgabe von der Stabsstelle Kommunikation, Marketing und Grundsatzfragen erfüllt.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt**  
**(35 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen,**  
**3 Stimmenthaltungen)**

7.2 Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern in der Stadt Chemnitz  
Vorlage: B-046/2015 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Dezernat 5/Amt 50

---

Zur Vorlage wurden eine Änderung der Verwaltung und ein Änderungsantrag der Fraktion AfD sowie ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und eine aktualisierte Fassung zu diesem ausgereicht.



Da der Änderungsantrag der Fraktion AfD unzulässig ist, erfolgt über diesen keine Abstimmung.

**Herr Bürgermeister Runkel** begründet die Unzulässigkeit des Änderungsantrages der Fraktion AfD damit, dass dieser Weisungsaufgaben in Zuständigkeit der Oberbürgermeisterin beinhalte und keine Befassungskompetenz des Stadtrates vorliege. Der Punkt 3 des Antrages werde schon so umgesetzt.

**Herr Stadtrat Müller (Fraktion AfD)** erklärt, dass es klar und unstrittig sei, dass es sich bei diesen Aufgaben um Weisungsaufgaben handle, aber seine Fraktion melde Zweifel bei der Interpretation des Gesetzestextes an, wonach zweckgebundene Wertgutscheine möglich wären und eine Ermessensausweisung straffälliger Asylbewerber schon jetzt gegeben sei und sollte durch den Antrag konkretisiert werden. Auch das Angebot gemeinnütziger Arbeiten liege vielleicht vor, werde aber derzeitig nur von acht Personen angenommen. Deswegen sei dieser Punkt nicht hinfällig und seine Fraktion sei mit der Begründung nicht einverstanden.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** gibt aktuelle Informationen zur Thematik und sagt zu, dass sie künftig in den Stadtratssitzungen weiterhin informieren werde.

**Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** sagt, dass ihre Fraktion die Beschlussvorlage begrüße und dieser zustimmen werde. Auch wenn nicht alle Wünsche enthalten seien, liege trotzdem ein gutes Papier mit expliziter Darstellung des Verfahrens vor. Es gebe eine gute Darstellung der Ist-Situation und der Perspektive bis Ende 2015 sowie eine gute Untersetzung der Strategie der Stadt Chemnitz bezüglich der Unterbringungsformen. Dies sei Ausdruck dafür, dass die Stadt Chemnitz ihre Verantwortung wahrnehme. Sie betont, dass die gute Unterbringung und Betreuung in den Kommunen eine Seite sei, die entsprechenden Voraussetzungen durch den Freistaat dafür zu schaffen gehöre jedoch auch dazu. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wünsche sich vom Land klarere Aussagen wie der Freistaat seiner Verantwortung für soziale Betreuung gerecht werden wolle. Sie erklärt, dass der Betreuungsschlüssel von 1 : 150 viel zu hoch sei und dass nach wie vor daran festgehalten werde, einen Betreuungsschlüssel von 1 : 80 zu erreichen. Hier müsse der Freistaat mehr Geld für die soziale Betreuung zur Verfügung stellen. Sie sagt auch, dass Geldstellen benötigt werden, um das Ehrenamt rund um die Betreuung von Flüchtlingen koordinieren zu können. **Frau Zais** stellt ferner fest, dass es eine unklare Rechtslage zur dezentralen Unterbringung gebe und hierzu Klarheit erwartet werde. Sie geht auf den geänderten Änderungsantrag ihrer Fraktion ein und erklärt, dass ihre Fraktion davon ausgehe, dass die Informationen zur Asylthematik auch im Sozialausschuss sowie im Verwaltungs- und Finanzausschuss regelmäßig erfolgen. Abschließend erklärt sie, dass auch ihre Fraktion der Auffassung sei, dass der Änderungsantrag der Fraktion AfD nicht in die Befassungskompetenz des Stadtrates falle.

**Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ)** führt aus, dass zum Thema Asyl die Politik in Bund und Land gefragt sei und sich die Kommunen um die Folgen des Problems zu kümmern haben. Er erklärt, dass ihm in der Beschlussvorlage zu wenig an Perspektive und Planungsabsicht enthalten sei. Er stimmt zu, dass die dezentrale Unterbringung das Beste sei und begründet dies damit, dass Heime fast immer Hort für Konfliktpotentiale seien. Er reicht folgenden Änderungsantrag seiner Fraktion ein und schlägt damit für Anlage 2, Seite 7 als dritten Absatz folgende Formulierung vor:

*„Es wird angestrebt, die Heime zugunsten weiteren dezentralen Wohnens mittelfristig zu schließen. Bis dahin ist eine maximal Aus- oder gar Überlastung zu vermeiden. Ausgestaltungen des dezentralen Wohnens in Form der Anmietung ganzer Häuser sind zu vermeiden. Bei der Anmietung von Wohnungen im Rahmen des dezentralen Wohnens sollen vor allem Stadtteile mit hoher sozialer Akzeptanz gegenüber Asylbewerbern berücksichtigt werden, wie z. B. der Kaßberg. Zur Bestimmung der sozialen Akzeptanz von Asylbewerbern können z. B. die Wahlergebnisse herangezogen werden.“*

So könne einer Stigmatisierung vorgebeugt werden. Seine Fraktion sehe eine Ungleichbehandlung der Stadtteile und weist darauf hin, dass beispielsweise auf dem Kaßberg so gut wie keine Asylbewerber untergebracht seien. Zu Wertgutscheinen meint er, dass dies eine Lösung sei, über die diskutiert werden könne, er befürworte diese allerdings nicht, da die Personen selbst entscheiden sollen, wofür das Geld ausgegeben werde. Zur Ausweisung straffälliger Asylbewerber solle ebenfalls diskutiert werden. Er halte mehr Betreuung als 1 : 150 für nicht erforderlich, da es sich um erwachsende Menschen handle, die sich selbst über Fragen des täglichen Lebens informieren könnten. Er halte die Beschlussvorlage für notwendig, könne dieser aber nur zustimmen wenn zumindest die Punkte 1 und 2 des Änderungsantrages bestätigt werden. Er beantragt Einzelabstimmung über den Änderungsantrag.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** spricht zur dezentralen Unterbringung und erklärt, dass das Verfahren zu dieser stimmen müsse und es ausreichend dezentralen Wohnraum gebe. Zum Teil werden Gemeinschaftsunterkünfte benötigt, um zu klären, wer im dezentralen Wohnen untergebracht werden könne. Sie weist darauf hin, dass bei nicht Gelingen des dezentralen Wohnens die Akzeptanz bei den Bürgern sinke und es durchaus Asylbewerber gebe, die nicht geeignet seien für eine dezentrale Unterbringung. Auch erfordere dezentrales Wohnen soziale Betreuung und somit Sozialarbeiter.

#### Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich bestätigt**  
**(44 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme,**  
**4 Stimmenthaltungen)**

#### Einzelabstimmung über den Änderungsantrag der Ratsfraktion PRO CHEMNITZ

**Absatz 1 - Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich abgelehnt**  
**(3 Ja-Stimmen, 46 Nein-Stimmen,**  
**2 Stimmenthaltungen)**

**Absatz 2 - Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich abgelehnt**  
**(4 Ja-Stimmen, 44 Nein-Stimmen,**  
**3 Stimmenthaltungen)**

**Absatz 3 - Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich abgelehnt**  
**(5 Ja-Stimmen, 44 Nein-Stimmen,**  
**2 Stimmenthaltungen)**

**Beschluss B-046/2015**

1. Der Stadtrat beschließt das Unterbringungs- und Betreuungskonzept von Flüchtlingen der Stadt Chemnitz gemäß Anlage 3 der Beschlussvorlage.
2. Die Oberbürgermeisterin informiert den Stadtrat regelmäßig über den aktuellen Stand der Umsetzung und die Anzahl der in Chemnitz untergebrachten Asylbewerber.
3. Die Oberbürgermeisterin informiert monatlich über die Anzahl der durch den Freistaat in der Erstaufnahmeeinrichtung untergebrachten Asylbewerber einschließlich aller weiteren Unterbringungsorte in Chemnitz.  
(Quelle: Landesdirektion)
4. Halbjährlich wird von der Verwaltung eine Informationsvorlage zum Umsetzungsstand des Konzeptes vorgelegt.
5. In den Einwohnerversammlungen wird über die Unterbringung von Flüchtlingen in den jeweiligen Stadtteilen informiert und aktueller Handlungsbedarf zur Diskussion gestellt.
6. Wenn neue Unterkünfte erschlossen werden, entwickelt die Verwaltung geeignete Kommunikationsstrategien zur Information und Einbeziehung der Anwohner und der im jeweiligen Stadtteil agierenden Vereine, Verbände, Initiativen etc.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt  
(44 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen,  
2 Stimmenthaltungen)**

- 7.3 Berufung sachkundiger Einwohnerinnen und Einwohner in den Schul- und Sportausschuss  
Vorlage: B-053/2015 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 15
- 

*Die Wahlergebnisse der Wahlen der heutigen Sitzung werden aus Gründen der Lesbarkeit und der Übersichtlichkeit unter dem jeweiligen Tagesordnungspunkt aufgeführt, auch wenn sie erst zu einem späteren Zeitpunkt bekannt gegeben wurden.*

Der Schul- und Sportausschuss hat sich als fachlich zuständiger Ausschuss lediglich bei folgenden vier Bewerbern verständigen können, diese dem Stadtrat zur Berufung als sachkundige Einwohner in den Schul- und Sportausschuss zu empfehlen.

Herr Wolf (Vertreter freie Schulen)  
Herr Seerig (Vertreter Stadtschülerschaftsrat)  
Frau Kaiser (Vertreterin Kreiselternrat)  
Herr Dr. Pietsch

Es gibt keinen Widerspruch angesichts des Vorberatungsergebnisses die vier genannten Personen in offener Wahl zu wählen.

Wahl von Herrn Christian Wolf

**Wahlergebnis: einstimmig gewählt  
(42 Ja-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen)**

Wahl von Herrn Marcel Seerig

**Wahlergebnis: einstimmig gewählt  
(42 Ja-Stimmen, 4 Stimmenthaltungen)**

Wahl von Frau Andrea Kaiser

**Wahlergebnis: einstimmig gewählt  
(40 Ja-Stimmen, 6 Stimmenthaltungen)**

Wahl von Herrn Dr. Pietsch

**Wahlergebnis: einstimmig gewählt  
(42 Ja-Stimmen, 6 Stimmenthaltungen)**

Als Wahlkommission werden Frau Schale, Herr Jenke und Herr Mann sowie als Schriftführerinnen Frau Jähnich und Frau Bunkowski bestätigt.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** erläutert den Stimmzettel für den 5. und 6. zu besetzenden Platz. Alle noch nicht gewählten Bewerber werden auf einem Stimmzettel aufgeführt und jedes Stadtratsmitglied kann zwei Stimmen vergeben.

**- Wahlhandlung -**

**Wahlergebnis**

anwesende Stimmberechtigte: 52  
abgegebene Stimmen: 52

davon

ausschlaggebende Stimmen: 49  
ungültige Stimmen: 1  
Stimmenthaltungen: 2

Von den gültigen Stimmen entfielen auf:

Name, Vorname Jödicke, Ralph	2 Stimmen
Name, Vorname Köhler, Nico	16 Stimmen
Name, Vorname Lippmann, Anja	29 Stimmen
Name, Vorname Börner, Uwe	19 Stimmen
Name, Vorname Heymann, Frank	0 Stimmen
Name, Vorname Rutsatz, Hans-Jürgen	9 Stimmen
Name, Vorname Wiegand, Peter	16 Stimmen

Frau Anja Lippmann hat die erforderliche Mehrheit erreicht und ist somit gewählt.  
Es findet Stichwahl unter den übrigen Bewerbern statt.

**- Wahlhandlung -**

**Wahlergebnis**

anwesende Stimmberechtigte: 53  
 abgegebene Stimmen: 52

davon  
 ausschlaggebende Stimmen: 49  
 ungültige Stimmen: 1  
 Stimmenthaltungen: 2

Von den gültigen Stimmen entfielen auf:

Name, Vorname Jödicke, Ralph	1 Stimme
Name, Vorname Köhler, Nico	5 Stimmen
Name, Vorname Börner, Uwe	26 Stimmen
Name, Vorname Heymann, Frank	1 Stimme
Name, Vorname Rutsatz, Hans-Jürgen	5 Stimmen
Name, Vorname Wiegand, Peter	12 Stimmen

Herr Uwe Börner hat die erforderliche Mehrheit erreicht und ist somit gewählt.

**Beschluss B-053/2015**

Der Stadtrat beruft widerruflich aus den eingereichten Bewerbervorschlägen durch Wahl folgende sachkundige Einwohnerinnen/Einwohner gemäß § 44 Absatz 2 SächsGemO i. V. m. § 7 Absatz 4 der Hauptsatzung der Stadt Chemnitz als beratende Mitglieder in den Schul- und Sportausschuss:

Herrn Christian Wolf  
 Herrn Marcel Seerig  
 Frau Andrea Kaiser  
 Herrn Dr. Siegfried Pietsch  
 Frau Anja Lippmann und  
 Herrn Uwe Börner

7.4 Abberufung von beratenden Mitgliedern und Berufung von beratenden Mitgliedern sowie eines stellvertretenden beratenden Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses  
 Vorlage: B-054/2015 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 15

Abberufung bisheriger Mitglieder

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
 (49 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

Zur Wahl vorgeschlagen werden als beratende Mitglieder:

Frau Ute Spindler (Kinderbeauftragte)  
Frau Pia Hamann (Gleichstellungsbeauftragte)  
Frau Sandra Zabel (Stadtelternrat der Kindertageseinrichtungen) und als

stellvertretendes beratendes Mitglied:

Frau Silke Brewig-Lange (Stadtelternrat der Kindertageseinrichtungen)

Es gibt keinen Widerspruch die vier Personen in offener Wahl zu wählen.

Wahl von Frau Ute Spindler

**Wahlergebnis: einstimmig gewählt  
(42 Ja-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen)**

Wahl von Frau Pia Hamann

**Wahlergebnis: mehrheitlich gewählt  
(44 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme)**

Wahl von Frau Dr. Sandra Zabel

**Wahlergebnis: einstimmig gewählt  
(46 Ja-Stimmen, 4 Stimmenthaltungen)**

Wahl von Frau Silke Brewig-Lange

**Wahlergebnis: mehrheitlich gewählt  
(40 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 4 Stimmenthaltungen)**

**Beschluss B-054/2015**

Der Stadtrat beruft Frau Karin Genkel und Frau Bettina Bezold als beratende Mitglieder des Jugendhilfeausschusses ab.

Der Stadtrat beruft

Frau Ute Spindler (Kinderbeauftragte der Stadt Chemnitz),  
Frau Pia Hamann (Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Chemnitz) und  
Frau Sandra Zabel (Stadtelternrat der Kindertageseinrichtungen Chemnitz)

als beratende Mitglieder des Jugendhilfeausschusses

sowie Frau Silke Brewig-Lange (Stadtelternrat der Kindertageseinrichtungen Chemnitz) als stellvertretendes beratendes Mitglied des Jugendhilfeausschusses.

7.5 Berufung sachkundiger Einwohnerinnen und Einwohner in den Kulturausschuss  
Vorlage: B-056/2015 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 15

---

Der Kulturausschuss hat sich als fachlich zuständiger Ausschuss nicht auf Bewerber verständigen können. Daher findet geheime Wahl zu allen fünf Plätzen statt.

Die bestätigte Wahlkommission nimmt ihre Arbeit wieder auf.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** erläutert den Stimmzettel. Alle Bewerber werden auf einem Stimmzettel aufgeführt und jedes Stadtratsmitglied kann fünf Stimmen vergeben.

**- Wahlhandlung -**

**Wahlergebnis**

anwesende Stimmberechtigte: 52  
abgegebene Stimmen: 52

davon

ausschlaggebende Stimmen: 50  
ungültige Stimmen: 1  
Stimmenthaltungen: 1

Von den gültigen Stimmen entfielen auf:

Name, Vorname Dölling, Thomas	4 Stimmen
Name, Vorname Müller, Wilfried	3 Stimmen
Name, Vorname Dr. Kieselstein, Stephan	11 Stimmen
Name, Vorname Elschner, Egmont	36 Stimmen
Name, Vorname Deponte, Sabine	39 Stimmen
Name, Vorname Seifert, Karsten	8 Stimmen
Name, Vorname Möller, Tobias	41 Stimmen
Name, Vorname Weber, Andreas	39 Stimmen
Name, Vorname Geißler, Carl	37 Stimmen

Die im Beschlusstext aufgeführten Personen haben die erforderliche Mehrheit erreicht und sind somit gewählt.

**Beschluss B-056/2015**

Der Stadtrat beruft widerruflich aus den eingereichten Bewerbervorschlägen durch Wahl folgende sachkundige Einwohnerinnen/Einwohner gemäß § 44 Absatz 2 SächsGemO i. V. m. § 7 Absatz 4 der Hauptsatzung der Stadt Chemnitz als beratende Mitglieder in den Kulturausschuss:

Herrn Egmont Elschner  
Frau Sabine Deponte  
Herrn Tobias Möller  
Herrn Andreas Weber  
Herrn Carl Geißler

- 7.6 Berufung eines Vertreters des Stadtrates für die Mitarbeit im Arbeitskreis Europa der Stadtverwaltung und die Ausübung der politischen Vertretung der Stadt im Rahmen der Mitgliedschaft im Städtenetzwerk EUROCITIES  
Vorlage: B-037/2015 Einreicher: Oberbürgermeisterin/00.1
- 

Die Beschlussvorlage wurde unter TOP 2 vertagt.

- 7.7 Brandschutzbedarfsplan der Stadt Chemnitz  
Vorlage: B-003/2015 Einreicher: Dezernat 1/Amt 37
- 

Zur Vorlage wurden je ein Änderungsantrag der FDP-Fraktion und CDU-Ratsfraktion sowie der Fraktion DIE LINKE, SPD-Fraktion und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ausgereicht.

**Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion)** bringt den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, SPD-Fraktion und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein und äußert grundsätzliche Worte zum Brandschutzbedarfsplan. So sei auf den Seiten 73/74 der Anlage 3 aufgeführt was seit 2009 erreicht wurde und wo die Defizite liegen, welche teilweise benennt. Mit den Aufgaben des Katastrophenschutzes sei auf die Feuerwehr Chemnitz eine neue Aufgabe zugekommen. Hierin begründen sich die vorliegenden Änderungsanträge. Dies zeige, dass der Stadtrat weitere Maßnahmen hierzu festschreiben möchte. Jedoch könne nicht in der heutigen Sitzung über 6 Mio. € entschieden werden. Mit dem gemeinsamen Antrag der Fraktion DIE LINKE, SPD-Fraktion und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN solle die gesamte Thematik beschlossen und in die Haushaltsplanung bis 2021 festgeschrieben werden.

**Herr Stadtrat Ulbrich (CDU-Ratsfraktion)** bringt den Änderungsantrag seiner Fraktion ein. Er erinnert, dass das Thema seit 2009 auf der Tagesordnung stehe und der Stadtrat die Maßnahmen nicht lediglich zur Kenntnis nehme, sondern mit der Beschlussvorlage beschließen solle. Die Jugendfeuerwehren sollten zusätzlich gefordert werden. Er sagt abschließend, dass es wichtig sei die Jahresabschlüsse frühzeitig vorgelegt zu bekommen, um sich über Investitionen unterhalten zu können.

**Herr Stadtrat Hopperdietzel (Fraktion DIE LINKE)** spricht zum gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, SPD-Fraktion und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, in welchem kein Haushaltsvorbehalt beinhaltet sei. Es werde vielmehr beantragt, dass die Verwaltung bis spätestens Dezember 2015 eine Vorlage zum Bau eines Katastrophenschutzentrums vorzulegen habe. Es mache keinen Sinn, im Brandschutzbedarfsplan über Gelder der Jugendfeuerwehr zu reden. Dennoch sei es wichtig diese zu sichern und auszubauen genau wie die Kameraden in den aktiven Verbänden der Feuerwehr.



In der aktuellen Haushaltsplanung wurden den Jugendfeuerwehren 20.000 € eingestellt. Wenn in der weiteren Debatte ein weiterer Bedarf erkannt werde, könne dies in den Haushaltsdebatten diskutiert werden.

**Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP)** sagt, dass es im Grunde um den Bau einer (Feuerwehr)Schule gehe und für seine Fraktion dies auch in die Priorität gehöre. Er ist der Auffassung, dass diese Maßnahme vorrangig einzuordnen sei. Er geht auf den Bauausführungsbeschluss aus dem Jahr 2009 ein.

**Herr Stadtrat Vieweg (SPD-Fraktion)** sagt, dass mit dem Brandschutzbedarfsplan ein klares Bekenntnis zum Katastrophenschutzzentrum abgegeben wurde. Im aktuellen Landeshaushalt sei 1 Mio. € für Feuerwehren enthalten. Das bedeutet, dass in Chemnitz viele Mittel davon ankommen werden und keine zusätzlichen Mittel nach der Haushaltssitzung in den Stadthaushalt eingestellt werden.

**Frau Stadträtin Patt (CDU-Ratsfraktion)** meint, dass der Beschluss so konkret gefasst werden solle, dass man sich wirklich darauf verlassen könne, dass die Maßnahmen umgesetzt werden. Sie informiert, dass Mitglieder ihrer Fraktion in die Feuerwehren gehen und dort regelmäßig erkennen wie groß der Bedarf für das Katastrophenschutzzentrum und auch für die Arbeit der Jugendfeuerwehr sei. Sie beantragt Einzelabstimmung der Punkte des Änderungsantrages der CDU-Ratsfraktion und FDP-Fraktion.

**Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ)** findet es peinlich wie lange das Schulungszentrum schon vor sich hergeschoben werde und erklärt, dass er der Vorlage zustimmen werde.

**Herr Stadtrat Herrmann (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)** weist darauf hin, dass der Punkt 6 des Änderungsantrages zum Bau des Ausbildungs- und Katastrophenschutzzentrums nicht unter Vorbehalt stehe. Zu den Jugendfeuerwehren sagt er, dass es geradezu eine Notwendigkeit sei diese zu fördern, da dadurch auch Kosten bei der Berufsfeuerwehr gespart werden können.

**Herr Stadtrat Hopperdietzel (Fraktion DIE LINKE)** ergänzt, dass auch bei dieser Thematik Prämissen gesetzt werden müssen und nicht alle Maßnahmen sofort umgesetzt werden können. Zumal durch die CDU-Ratsfraktion und FDP-Fraktion keine Deckungsquellen für die Umsetzung benannt werden. An Frau Patt stellt er die Frage, mit welchem Inhalt die Jugendfeuerwehr die beantragten 40.000 € füllen solle.

**Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion)** weist darauf hin, dass in der Anlage 4 nicht nur das Katastrophenschutzzentrum als Maßnahme stehe und nicht alle Maßnahmen dieser Anlage, ohne dass sie in den Haushalt eingeordnet wurden, beschlossen werden können.

**Herr Stadtrat Leistner (CDU-Ratsfraktion)** denkt, dass die Jugendfeuerwehren attraktiver gemacht werden sollten und die Wehrleiter in ihrer Verantwortung sehr wohl die Mittel einsetzen könnten.

**Herr Stadtrat Burghart (CDU-Ratsfraktion)** sagt, dass keine absurden Diskussionen geführt werden sollten, sondern zur Sache zurückgekehrt werden solle. Er sagt, dass die Feuerwehren gefragt wurden, ob sie 40.000 € füllen können und auch solle es als strategische Entscheidung gesehen werden.

Einzelabstimmung über den Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion und FDP-Fraktion

**Punkt 1 - Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich abgelehnt**  
(19 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen,  
3 Stimmenthaltungen)

**Punkt 2 - Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich abgelehnt**  
(20 Ja-Stimmen, 30 Nein-Stimmen,  
3 Stimmenthaltungen)

**Punkt 3 - Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich abgelehnt**  
(22 Ja-Stimmen, 30 Nein-Stimmen)

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, SPD-Fraktion und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich bestätigt**  
(47 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen,  
2 Stimmenthaltungen)

**Beschluss B-003/2015**

1. Der Stadtrat beschließt den Brandschutzbedarfsplan der Stadt Chemnitz gemäß Anlage 3.
2. Die Funktionsstärken der Berufsfeuerwehr Chemnitz werden von 42 auf 44 täglich zu besetzende Funktionen festgelegt. Damit wird die EKKo-Maßnahme 37/02 aufgehoben, da aufgrund der Löschwassersituation in den Randgebieten der Stadt Chemnitz die Tanklöschfahrzeuge weiterhin besetzt sein müssen.
3. Bei 44 Funktionsstellen und dem aktuellen Personalausfallfaktor von 4,5 sind 198 Planstellen erforderlich, derzeit sind 185 Planstellen vorhanden, daher muss ab 2016 der Stellenplan um 13 Planstellen erhöht werden.
4. Auf Grundlage der Sächs. Landesrettungsdienstplanverordnung und mit Bezug auf die Vorlage Nr. B-084/2012 zur Leitstelle sind im Stellenplan der Feuerwehr ab 2016 zwei zusätzliche Planstellen in der Abteilung Leitstelle einzurichten (Ärztlicher Leiter Leitstelle, Haushaltssachbearbeiter).
5. Die kurz- und mittelfristigen Maßnahmen gemäß Anlage 4 und 5 werden vorbehaltlich der Haushaltssituation der Stadt Chemnitz in den kommenden Jahren vom Stadtrat beschlossen.
6. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, spätestens im Dezember 2015 dem Stadtrat einen Beschluss zum Bau des Ausbildungs- und Katastrophenschutzentrums mit Zentralwerkstatt am Standort Feuerwache 3, Jagschänkenstraße, vorzulegen und die dafür notwendigen Planungsmittel in den Haushalt 2016 sowie die weiteren Mittel in die Finanzplanung der Folgejahre gemäß Anlage 5 einzustellen. Dabei ist zu gewährleisten, dass das Fortbildungs- und Trainingszentrum 2021 in Betrieb genommen werden kann.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(51 Ja-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen)**

7.8 Aufhebung der Grundschule Altendorf  
Vorlage: B-019/2015 Einreicher: Dezernat 5/Amt 40

---

Die Beschlussvorlage wurde unter TOP 2 zurückgezogen.

7.9 2. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Chemnitz zur Festlegung der  
Schulbezirke an Grundschulen  
Vorlage: B-035/2015 Einreicher: Dezernat 5/Amt 40

---

Die Beschlussvorlage wurde unter TOP 2 zurückgezogen.

7.10 Organisation der erweiterten Wertstoffeffassung in der Stadt Chemnitz  
Vorlage: B-020/2015 Einreicher: Dezernat 3/ASR

---

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Beschluss B-020/2015**  
Der Stadtrat beschließt

1. das Konzept zur Organisation der erweiterten Wertstoffeffassung in der Stadt Chemnitz (Anlage 3) mit der Maßgabe, zusätzliche Sammelbehälter für Nichtverpackungsabfälle aus Metallen und für Elektro(nik)kleingeräte an 150 ausgewählten Wertstoffinseln im Stadtgebiet flächendeckend aufzustellen,
2. den ASR mit der Schaffung der im Konzept dargestellten Voraussetzungen für die Durchführung der erweiterten Wertstoffeffassung zu beauftragen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(40 Ja-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen)**

7.11 Umstellung der haushaltsnahen Erfassung von Leichtverpackungen (LVP)  
Vorlage: B-024/2015 Einreicher: Dezernat 3/ASR

---

Zur Vorlage wurden die Stellungnahmen aller Ortschaftsräte zur Verfügung gestellt. Des Weiteren wurden ein Schreiben eines Einwohners zur Thematik sowie die Antwort des ASR hierzu weitergeleitet.

**Herrn Stadtrat Ziems (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ)** interessiert, inwiefern die Vereinheitlichung der gelben Tonnen günstiger für den ASR werde und wie sichergestellt werden solle, dass tatsächlich alle Haushalte z. B. von Reihemittelhäusern genügend Platz für die Tonnen zur Verfügung haben.

**Herr Stadtrat Herrmann (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)** bittet um Aussage des Herrn Wüpper, wie bei sehr beengten Verhältnissen an Gebäuden in Wittgensdorf das Problem gelöst wurde.

**Herr Wüpper Betriebsleiter ASR/ESC** erklärt, dass er heute nicht versichern könne, dass die Vereinheitlichung günstiger werde. Das Bestreben gehe dahin durch einheitliche Sammelgefäße logistische Vorteile zu erreichen. In jedem Fall werde es dem Gebührenzahler keine Kosten verursachen. Zu den Platzproblemen sagt er, dass diese durch die Ortschaftsräte benannt wurden und der ASR für individuelle Lösungen zur Verfügung stehe. So könnten z. B. kleinere Behälter bereitgestellt werden. Auch nehme der ASR gern weitere Vorschläge entgegen. Eine haushaltsnahe Glasentsorgung werde es in Chemnitz nicht geben.

**Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP)** äußert, dass der Übergang vom Plastetack zur Tonne eine höhere Qualität sei und er der Vorlage zustimme.

**Herr Stadtrat Ziems** stellt fest, dass zwar für den Bürger keine Kosten für die Tonne entstehen, dass aber die Kosten für den ASR dafür ins Betriebsergebnis gehen und diese somit doch durch die Steuerzahler getragen werden. Insofern möchte er wissen, ob hier Investitionsaufwand betrieben werde.

**Herr Wüpper** führt aus, dass die Tonnen in der Erstbeschaffung zwar teurer sind, die Säcke aber regelmäßig wieder nachbeschafft werden. Die Kosten für Hartgefäße seien Bestandteil der Kalkulation. Diese werden bei Zuschlagserteilung über die Erlöse in gleicher Höhe abgedeckt und somit gebe es für die Haushalte keine weitere Belastung.

#### **Beschluss B-024/2015**

1. Zur Vereinheitlichung des Sammel systems in der Stadt Chemnitz beschließt der Stadtrat die Umstellung der haushaltsnahen Erfassung von Leichtverpackungen (LVP) von der teilweise noch praktizierten Sacksammlung auf Sammlung in Müllgroßbehältern (MGB) ab dem 1. Januar 2016.
2. Die Systembeschreibung für die dualen Systeme ist entsprechend Anlage 5 der Beschlussvorlage anzupassen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt**  
**(49 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen,**  
**1 Stimmenthaltung)**

- 7.12 Baubeschlüsse nach DA 6001 für Straßenbau- und Tiefbaumaßnahmen, Wasserbaumaßnahmen und verkehrstechnische Maßnahmen mit Beginn im Jahr 2015  
Vorlage: B-039/2015 Einreicher: Dezernat 6/Amt 66
- 

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

#### **Beschluss B-039/2015**

Der Stadtrat bestätigt die Baubeschlüsse für die Maßnahmen:

1. Anlage 3 Erneuerung der Hofer Straße im Abschnitt Haus Nummer 44-Ortseingang
2. Anlage 4 Ersatzneubau Durchlass Stelzendorfer Bach im Zuge der Stelzendorfer Straße BW 90.09

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt**  
**(49 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

7.13 Entscheidung über den Standort zum Regenüberlaufbecken RÜB RU 2  
Vorlage: B-017/2015 Einreicher: Dezernat 3/ Dezernat 6/ ESC

---

Zur Vorlage wurden eine Änderung der Verwaltung, ein Änderungsantrag der FDP-Fraktion und CDU-Ratsfraktion sowie ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion, Fraktion DIE LINKE und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie ein Änderungsantrag der FDP-Fraktion ausgereicht. Des Weiteren wurde ein Schreiben eines betroffenen Bürgers weitergeleitet.

**Herr Stadtrat Dr. Belusa (CDU-Ratsfraktion)** führt aus, dass die Abwasserbeseitigung eine hoheitliche Aufgabe der Kommune sei und langfristige konzeptionelle Vorbereitungs- und Realisierungsleistungen sowie enorme finanzielle Mittel erfordere. Grundlage dafür bilde das Abwasserbeseitigungskonzept. Er stellt fest, dass der Stadtrat heute über den Standort für ein Regenüberlaufbecken entscheiden solle, nachdem erst seit September 2014 über einen geeigneten Standort diskutiert werde. Das ABK enthalte eindeutig den Standort Georgbrücke. Allerdings wurde dieser Standort strittig, da es mit der städtebaulichen Planung des Brühls einen konkurrierenden Beschluss gab. Er ist der Auffassung, dass die Verwaltung 2012 nicht bemerkt habe, dass sie zwei konkurrierende Vorlagen zur Beschlussfassung vorlegte und diese sich widersprechenden Beschlüsse nicht erkannt habe. Somit wurde versäumt, dass eine sparsame und einvernehmliche Lösung erarbeitet werden konnte. Stattdessen werde erwartet, dass der Stadtrat heute diese Kompromisslösung akzeptiere.

Die Verwaltung bittet er, zukünftig Vorlagen in der Qualität vorzulegen, dass sie abstimbar sind.

**Herr Stadtrat Herrmann (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)** bestätigt, dass mit der überraschenden Informationsvorlage zum Regenüberlaufbecken 2014 die Konzeptidee für den Brühl komplett in Frage gestellt wurde. Man hätte erwarten müssen, dass die Dezernate 3 und 6 das Problem gemeinsam lösen. Dies erfolgte allerdings nicht. In einer Einwohnerversammlung wurde die Thematik vorgestellt, in welcher eine Beteiligungsmöglichkeit für die Bürger bestand. Der vorliegende Änderungsantrag greife nunmehr Dinge auf, die in der Verwaltung selbstverständlich sein müssten. Er vermisse, dass bis heute nicht der Wert des Konzeptes für den Brühl erklärt wurde, zumal es Zweifel gebe, ob dieses jemals realisiert werde. Auch die GGGmbH als großer Vermieter an beiden Standorten habe sich ebenso noch nicht geäußert. Dennoch werde seine Fraktion dem Änderungsantrag und dem Teil der Beschlussvorlage, der durch diesen nicht geändert wird, zustimmen, da der Standort Brückenstraße Chancen für die Aufwertung des gesamten Areals biete. Auch der Baumbestand solle in diesem Zuge umgestaltet werden, auch im Einklang mit Anwohnerparkplätzen. Der Änderungsantrag greife berechnete Forderungen Betroffener auf und fordere die Verwaltung auf, künftig der Einbeziehung von Bürgern besser gerecht zu werden. Zum Kostenvergleich sagt er, dass die Kostendifferenz von 4 % in der Planung nicht relevant sei, aber der Bau an der Brückenstraße einen geringfügig höheren Abwasserpreis für alle verursache. Er bittet darum, Lösungen zu finden, diese auszugleichen.

**Herr Stadtrat Kallscheidt (SPD-Fraktion)** begründet den geänderten Änderungsantrag, in welchem Teil des ursprünglichen Antrages der FDP-Fraktion aufgenommen wurden und dieser somit obsolet sei. Er sagt, dass es den Mitgliedern seiner Fraktion nicht leicht gefallen sei, für den Standort Brückenstraße zu stimmen. Aber dieser habe auch Vorteile und so oder so wäre eine Neugestaltung der Brückenstraße erfolgt. Und er sei überzeugt, dass es nach der zweijährigen Bauzeit dort besser aussehe und dieser Teil aufgewertet werde. Für eine solche Maßnahme bedarf es einer zentralen Anlaufstelle für alle, über welche kommuniziert werde.

**Herr Stadtrat Fritzsche (CDU-Ratsfraktion)** sagt, dass das Vertrauen in die Verwaltung, hier eine ordentliche Baumaßnahme durchzuführen, durch das bisherige Verfahren getrübt sei. Er stellt infrage, ob für eine Kommunikationsstelle unbedingt eine Bürgerplattform benötigt werde. Abschließend erklärt er, dass der ursprünglich gemeinsam eingebrachte Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion und FDP-Fraktion zurückgezogen werde.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** erklärt, dass derzeit im Dezernat 6 Prozesse neu gestaltet werden. Sie nimmt die erfolgte Kritik an und denkt, dass durch Herrn Bürgermeister Runkel als Bürgermeister des Dezernates 3 und stellvertretend für das Dezernat 6 eine bessere Zusammenarbeit innerhalb der zwei Dezernate erfolgen werde.

Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion, Fraktion DIE LINKE, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP-Fraktion

**Abstimmungsergebnis:           mehrheitlich bestätigt  
(47 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme)**

#### **Beschluss B-017/2015**

1. Der Stadtrat beschließt, abweichend vom aktuellen Abwasserbeseitigungskonzept (ABK) der Stadt Chemnitz (Fortschreibung 2009 – 2015, Beschluss B-295/2008), für das Regenüberlaufbecken RÜB RU2 in Chemnitz nachfolgende Änderung:

Statt des bisher vorgesehenen Standortes „Georgbrücke“ wird als neuer Standort der „Stumpf Brückenstraße“ (Variante 7) zwischen der Kreuzung Theaterstraße und der Chemnitz-Brücke zum Uferpark festgelegt. Die Ausführung wird voraussichtlich 2017/2018 erfolgen.

2. Der geänderte Investitionsumfang gegenüber der Beschlussvorlage „Vergabe der Planungsleistungen für die Baumaßnahme Regenüberlaufbecken RÜB RU2 in Chemnitz“ (B-196/2012) ist bei der weiteren Beauftragung und Wirtschaftsplanung zu berücksichtigen.
3. Mit den Trägern öffentlicher Belange sind die Möglichkeiten eines koordinierten Bauens am Standort abzustimmen. Evtl. notwendige Baumaßnahmen dieser Träger sind in den Bauablauf mit einzuplanen und so weit wie möglich umzusetzen.
4. Bei der abschließenden Gestaltung des öffentlichen Raumes sind vorhandene bzw. in Bearbeitung befindliche Planungen sowie Anregungen der Bürgerschaft unter Abwägung der Interessen zu berücksichtigen.
5. Mindestens 3 Monate vor Baubeginn hat der ESC einen Bauablaufplan, einen Plan der Baustelleneinrichtung und einen Plan der temporären Verkehrsführung dem Betriebsausschuss und dem Planungs-, Bau- und Umweltausschuss vorzulegen. Auf der Grundlage des Bauablaufplanes ist eine regelmäßige Information (bspw. in 3monatlichem Abstand) der Anwohner zu gewährleisten. Zu den einzelnen Bauphasen ist ein offener Dialog vor und während der Baudurchführung mit den Anliegern zu führen und ein Interessenausgleich zwischen übergeordneten Interessen und denen der Anlieger zu schaffen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt  
(49 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme)**

- 7.14 Verkauf einer Teilfläche des Flurstückes 1287/3 Gemarkung Röhrsdorf im Industriepark Leipziger Straße  
Vorlage: B-045/2015 Einreicher: Dezernat 6/Amt 66
- 

Zur Vorlage wurde eine Änderung der Verwaltung ausgereicht.

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Beschluss B-045/2015**

Der Stadtrat beschließt den Verkauf einer Teilfläche des Flurstückes 1287/3 der Gemarkung Röhrsdorf im Industriepark Leipziger Straße.

Grundstück: Leipziger Straße  
Gemarkung: Röhrsdorf  
Flurstück: 1287/3 (Teilfläche)  
Kaufgegenstand: alt: 15.128 m<sup>2</sup> (Teilfläche) neu: ca. 13.600 m<sup>2</sup>  
Gesamtgröße: 226.772 m<sup>2</sup>  
Verkäufer: Stadt Chemnitz  
Käufer: Siemens AG

Der Grundbesitz wird erschlossen an den Käufer wie folgt veräußert:

Kaufpreis: alt: 484.096 € neu: 435.200 €

Belastungsvollmacht:

Die Stadt Chemnitz als Eigentümerin des Kaufgrundbesitzes erteilt dem Käufer Vollmacht zur Belastung des Kaufgrundbesitzes mit - auch vollstreckbaren (§ 800 ZPO)- Grundpfandrechten, von der jedoch nur an der Notarstelle des amtierenden Notars Gebrauch gemacht werden kann.

Der Kaufpreis für den Kaufgrundbesitz und eventuelle Verzugszinsen sind aus dem durch das Grundpfandrecht gesicherten Darlehen in voller Höhe auszuführen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(50 Ja-Stimmen)**

- 7.15 Abwägungs- und Satzungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 14/01 Wohnbebauung Walter-Janka-Straße  
Vorlage: B-012/2015 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
- 

Zur Vorlage wurden ein Änderungsantrag der FDP-Fraktion sowie eine Änderung der Verwaltung ausgereicht. Da mit der Änderung der Verwaltung der Sachverhalt des Änderungsantrages aufgenommen wurde, erfolgt über den Änderungsantrag keine Abstimmung.

**Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE)** sagt, dass die Planung der Wohneinheiten an der Walter-Janka-Straße grundsätzlich zu befürworten sei. Er erklärt, dass erst durch die Einwendung eines Bürgers auf einen Sachverhalt hingewiesen wurde, dass bereits eine Woche vor dem Aufstellungsbeschluss mit den Erschließungsarbeiten begonnen worden sei. Für den Vorhabenträger fallen keine Ausgleichsmaßnahmen an und dieser spare somit Geld. Es gehe hierbei jedoch um einen kleinen grünen Lebensraum, der bei einer Baumaßnahme zwangsläufig auszugleichen sei. Er könne diesem Satzungsbeschluss aus genannten Gründen nicht zustimmen.

**Herr Stadtrat Herrmann (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)** unterstützt die Aussagen des Herrn Scherzberg und stellt fest, dass dies leider kein Einzelfall sei. Deshalb werde seine Fraktion der Vorlage nicht zustimmen.

**Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP)** erklärt, dass zwar stets die technische Infrastruktur im Bebauungsgebiet hinterfragt werde, aber regelmäßig nicht die soziale. Zukünftig müsse die Einheit zwischen beiden berücksichtigt werden.

### **Beschluss B-012/2015**

Der Stadtrat beschließt:

1. Die Abwägungen zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 14/01 Wohnbebauung Walter-Janka-Straße
2. Aufgrund der §§ 10 und 12 i. V. m. § 13a des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S.2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Juli 2014 (BGBl. I S. 954), sowie nach § 89 der Sächsischen Bauordnung (SächsBO) in der Fassung vom 28. Mai 2004 (SächsGVBl. S. 200), zuletzt geändert durch Gesetz vom 02. April 2014 (SächsGVBl. S. 238, 322), in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. März 2014 (SächsGVBl. S. 146), zuletzt geändert durch Gesetz vom 02. April 2014 (SächsGVBl. S. 234), beschließt der Stadtrat der Stadt Chemnitz den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 14/01 Wohngebiet Walter-Janka-Straße, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) sowie dem Text (Teil B), in der Fassung vom November 2014 als Satzung (Anlage 3).
3. Die Begründung in der Fassung vom November 2014 (Anlage 4) wird gebilligt.
4. Der Flächennutzungsplan wird gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB im Wege der Berichtigung für den räumlichen Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 14/01 Wohngebiet Walter-Janka-Straße angepasst (Anlage 5).

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt  
(37 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen,  
11 Stimmenthaltungen)**

7.16 Annahme von Spenden  
Vorlage: B-075/2015 Einreicher: Dezernat 1/Amt 21

---

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.



**Beschluss B-075/2015**

Der Stadtrat der Stadt Chemnitz beschließt die Annahme der angebotenen Spenden gemäß Anlage 3 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(50 Ja-Stimmen)**

---

8 Informationsvorlagen

---

- 8.1 Jahresbericht des kommunalen Umweltzentrums 2014  
Vorlage: I-009/2015 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
- 

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

- 8.2 Berichterstattung über die durchgeführten Prüfungen des Rechnungsprüfungsamtes im Zeitraum 01.07. bis 31.12.2014  
Vorlage: I-018/2015 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 14
- 

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

- 8.3 Jahresbericht 2014 zur Europaarbeit der Stadt Chemnitz  
Vorlage: I-019/2015 Einreicher: Oberbürgermeisterin/00.1
- 

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

---

9 Beschlussanträge

---

- 9.1 Berichterstattung aus dem Lenkungsausschuss Asyl  
Vorlage: BA-007/2015 Einreicher: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- 

Der Beschlussantrag wurde unter TOP 2 zurückgezogen.

- 9.2 Aufnahme der Hans-Sager-Schule als Oberschule in die Schulnetzplanung und bauliche Instandsetzung  
Vorlage: BA-008/2015 Einreicher: Fraktion DIE LINKE
- 

Der Beschlussantrag wurde unter TOP 2 vertagt.

- 9.3 Freier Eintritt für Kinder und Jugendliche in Chemnitzer Museen und museale Einrichtungen  
Vorlage: BA-009/2015 Einreicher: Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU-Ratsfraktion, Fraktion DIE LINKE, SPD-Fraktion
- 

Zum Beschlussantrag wurde eine Stellungnahme der Verwaltung ausgereicht.

**Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** bringt den Beschlussantrag ein und begründet diesen.

### **Beschluss BA-009/2015**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zu prüfen, in wie weit der freie Eintritt für Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre auch auf weitere Museen ausgedehnt werden kann, die sich nicht in der Trägerschaft der Stadt Chemnitz befinden.

Insbesondere sind folgende Punkte in die Betrachtungen mit einzubeziehen:

1. die pädagogische Wirkung der Museen auf Kinder- und Jugendliche,
2. die Werthaltigkeit der Wissensvermittlung,
3. Die Landesstelle für Museumswesen ist in die Beurteilung der Museen zu Punkt 1 und 2,
4. die finanziellen Auswirkungen

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(50 Ja-Stimmen)**

9.4 Würdigung des 25. Jahrestages der Deutschen Einheit  
Vorlage: BA-015/2015 Einreicher: CDU-Ratsfraktion

---

Zum Beschlussantrag wurde eine Stellungnahme der Verwaltung ausgereicht.

**Herr Stadtrat Fritzsche (CDU-Ratsfraktion)** bringt den Beschlussantrag ein und geht dabei auf die Stellungnahme der Verwaltung ein.

**Herr Stadtrat Herrmann (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)** bringt Hinweise von Bürgern ein, von denen 1989 an der Basis die Initiativen ausgegangen sind. Er führt dazu u. a. aus, dass das bürgerschaftliche Engagement mit illustriert werden müsse, stattdessen werden im Beschlussantrag nur die Verwaltung und der Stadtrat benannt. Auch finde sich der Herbst 1989 nicht im Beschluss, sondern nur in der Begründung wieder. Er sagt, dass seine Fraktion die Intention des Antrages unterstütze, dieser aber weit mehr Inhalt brauche. Eine Feier zum Tag der Deutschen Einheit werde es in einer Stadt wie Chemnitz sowieso geben, dies bedürfe nicht dieses Antrages. Hierzu wurde die CDU-Ratsfraktion bereits angesprochen, dass ggf. in der nächsten Stadtratssitzung ein Antrag von der Basis ausgehend eingereicht werde.

**Frau Stadträtin Patt (CDU-Ratsfraktion)** geht davon aus, dass die Ausführungen des Herrn Herrmann Zustimmung zum Antrag bedeuten, da dieser beinhalte, dass ein Rahmenprogramm erarbeitet und ein Konzept unterbreitet werden. Offener könne der Antrag aus ihrer Sicht nicht formuliert werden, um hierzu in die Diskussion mit der Breite der Bevölkerung zu gehen.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** führt aus, dass bereits im vergangenen Jahr Überlegungen erfolgten und die Resonanz bei den Bürgern nicht sehr groß war. Sie versteht den Antrag nicht so, dass die Verwaltung allein beauftragt werden solle etwas vorzubereiten, da dies dem Gedanken der friedlichen Revolution und der Wiedervereinigung in keiner Weise entgegen käme. Sie macht ferner Ausführungen zur Umbenennung der Stadt Chemnitz als mögliches Thema. Sie bittet darum, dass etwas mit den Bürgern als Akteure organisiert werde und sich der Stadtrat dazu verständigen könnte.

**Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** antwortet Frau Patt, dass ihre Fraktion dem Antrag nicht zustimmen werde und fragt, was eigentlich unter dem Antrag verstanden werde solle. Sie erinnert, dass im vergangenen Jahr eine umfangreiche Diskussion zu 25 Jahre friedliche Revolution geführt wurde, an welcher u. a. alle Fraktionen teilnehmen konnten. Hier wurde sich verständigt, dass über das ganze Jahr hinweg mit verschiedenen Veranstaltungen an diesen Zeitraum aufmerksam gemacht werden solle und nicht nur an einem Tag Veranstaltungen stattfinden sollten. Auch weist sie darauf hin, dass die Zeitschiene im Antrag nicht schlüssig sei. Sie sagt, dass der Antrag dem Anlass nicht gerecht werde.

**Herr Stadtrat Fritzsche (CDU-Ratsfraktion)** sagt, dass seine Fraktion konstruktive Kommunalpolitik mache und sich nicht politische Auseinandersetzungen liefern wolle. Mit dem Antrag solle ganz bewusst eine offene Diskussion angestoßen werden. Er denkt es wäre ein fatales Signal des Stadtrates der Stadt Chemnitz, wenn dieser Antrag keine Zustimmung erhalte.

**Frau Stadträtin Patt (CDU-Ratsfraktion)** gibt eine persönliche Stellungnahme ab.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** stellt fest, dass keiner dieses Jubiläum nicht begehen möchte, aber es unterschiedliche Perspektiven gebe. Sie denkt, dass es gut gewesen wäre, wenn zu diesem Thema ein fraktionsübergreifender Antrag eingereicht worden wäre.

**Herr Stadtrat Burghart (CDU-Ratsfraktion)** stellt den Antrag auf Abbruch der Debatte und namentliche Abstimmung über den Beschlussantrag.

Abstimmung über den Antrag auf Abbruch der Debatte

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich abgelehnt**  
**(16 Ja-Stimmen, 31 Nein-Stimmen)**

**Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion)** beantragt eine Auszeit vor der Abstimmung.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** sagt, dass die Sitzung durch eine Pause unterbrochen werde.

**Pause**

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** informiert, dass folgender geänderter Beschlussantrag der CDU-Ratsfraktion vorliege.

*„Die Verwaltung wird beauftragt aus Anlass des 25. Jahrestages der Wiedervereinigung ein entsprechendes Programm zu erarbeiten.“*

**Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ)** sagt, dass sich die CDU-Ratsfraktion schämen sollte für den Antrag ohne wirklichen Inhalt. Er sagt, dass auch ohne den Beschlussantrag was organisiert worden wäre. Er hoffe, dass die heutige Diskussion bewirke, dass zukünftig überlegte und konkrete Anträge eingebracht werden.

Abstimmung über das Quorum zur namentlichen Abstimmung

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig bestätigt**  
**(43 Ja-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen)**

Namentliche Abstimmung über den Beschlussantrag

Frau	Barthold	Ja
Herr	Berger	Ja
Herr	Brückom	Ja
Herr	Burghart	Ja
Herr	Dierks	Ja
Herr Dr.	Dr. Belusa	Ja
Herr Dr.	Dr. Füsslein	Ja
Herr Dr.	Dr. Haentjens	Ja
Herr Dr.	Dr. Langer	Ja
Herr Dr.	Dr. Neubert	Ja
Frau	Drechsler	Ja
Herr	Fritzsche	Ja
Frau	Furtenbacher	Ja
Herr	Gintschel	Ja
Herr	Herrmann	Ja
Herr	Höhnel	Ja
Herr	Hopperdietzel	Ja
Herr	Kallscheidt	Ja
Frau	Kempe	Ja
Herr	Kempe	Ja
Frau	Knorr	Ja
Herr	Kohlmann	Enthaltung
Herr	Lehmann	Ja
Herr	Leistner	Ja
Frau	Ludwig	Ja
Frau	Müller, A.	Ja
Herr	Müller, D.	Ja
Herr	Müller, F.	Ja
Herr	Otto	Ja
Frau	Patt	Ja
Frau	Pritscha	Ja
Frau	Roden	Ja
Herr	Rotter	Ja
Frau	Saborowski-Richter	Ja
Frau	Schellenberger	Ja
Herr	Scherzberg	Ja
Herr	Schinkitz	Enthaltung
Herr Prof. Dr.	Schmalfuß	Ja
Herr	Siegel	Enthaltung
Herr	Tietze	Ja
Herr	Ulbrich	Ja
Herr	Vieweg	Ja
Herr	Walter	Ja
Frau	Weidauer	Ja
Herr	Wirth	Ja
Herr	Wolf	Ja
Frau	Zais	Ja
Herr	Zais	Ja
Herr	Zschocke	Enthaltung

**Herr Stadtrat Herrmann (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)** gibt eine persönliche Erklärung zu seinem Abstimmungsverhalten ab.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(45 Ja-Stimmen, 4 Stimmenthaltungen)**

9.5 Parkraumkonzept für das Stadtzentrum Chemnitz  
Vorlage: BA-016/2015 Einreicher: CDU-Ratsfraktion; FDP-Fraktion

---

Zum Beschlussantrag wurde eine Stellungnahme der Verwaltung ausgereicht.

**Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP)** bringt aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung eine Änderung zum Beschlussantrag ein.

#### **Beschluss BA-016/2015**

Der Stadtrat beschließt:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt dem Stadtrat im Zuge der Weiterarbeit am „Rahmenplan Innenstadt“ das Gesamtkonzept für das Parken im Stadtzentrum mit dem Rahmenplan vorzulegen.

Das Parkraumkonzept soll unter anderem enthalten:

- den Bedarf auf der Grundlage der gegenwärtigen Nutzungsmischung in der Innenstadt
- die Parkraumauslastung (Parkdauer, Umschlag)
- die Bewertung der bestehenden Bewirtschaftungsformen
- die Ermittlung einer Parkraumbilanz (aller öffentlichen und privaten Stellplätze)
- die Erstellung einer Langzeitprognose
- das Konzept einer optimalen Bewirtschaftung der öffentlichen Parkraumflächen (Kurzzeitparken, Langzeitparken, Anwohnerparken)

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt  
(27 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen,  
1 Stimmenthaltung)**

9.6 Sanierung des Verbindungsganges (Gewächshaus) im Haus Kraftwerk  
Vorlage: BA-017/2015 Einreicher: Fraktionen DIE LINKE, SPD,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

---

Zum Beschlussantrag wurde eine Stellungnahme der Verwaltung ausgereicht.

**Herr Stadtrat Hopperdietzel (Fraktion DIE LINKE)** bringt den Beschlussantrag ein und begründet diesen. Zur Stellungnahme der Verwaltung stellt er fest, dass die Verwaltung bereits im Sinne des Antrages handelt und dass im Haushalt weitere Mittel eingestellt werden müssen.

**Herr Stadtrat Ulbrich (CDU-Ratsfraktion)** bringt einen Änderungsantrag zum Beschlussantrag ein, da dieser aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung ziemlich inhaltsleer sei. Die CDU-Ratsfraktion schlägt mit dem Änderungsantrag vor, dass für den Haushalt 2016 125.000 € für die notwendigen Baumaßnahmen einzustellen sind.

**Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion)** erklärt, dass die Einreicher an ihrem Beschlussantrag festhalten mit welchem es um 250.000 € gehe. Er bittet den Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion abzulehnen, damit die Gesamtmaßnahme durchfinanziert werde.

**Herr Stadtrat Hopperdietzel (Fraktion DIE LINKE)** versteht den Änderungsantrag so, dass 125.000 € im Haushalt 2016 verbindlich festgeschrieben werden und die restlichen Beträge trotzdem zur Verfügung gestellt werden.

Abstimmung über den Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(43 Ja-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen)**

**Beschluss BA-017/2015**

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, unverzüglich im Wege einer Notreparatur den Glasübergang im Haus Kraftwerk gegen eindringendes Wasser abzudichten.
2. Gemeinsam mit dem Trägerverein erarbeitet die Stadtverwaltung ein Sanierungskonzept des Glasüberganges zur Herstellung einer dauerhaften Abdichtung sowie unter energetischen Gesichtspunkten. Im Rahmen des Konzeptes ist zu eruieren, inwieweit Fördermittel in die grundhafte Sanierung des gläsernen Überganges einfließen können.
3. Dieses Sanierungskonzept wird dem Stadtrat bis spätestens Juni 2015 vorgelegt, und die zur Sanierung erforderlichen Finanzmittel in den Haushalt 2016 eingestellt.
4. Für das Haushaltsjahr 2016 sind 125.000 € für die notwendigen Baumaßnahmen einzustellen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(47 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

9.7 Rastplätze an touristisch genutzten Radrouten  
Vorlage: BA-019/2015 Einreicher: SPD-Fraktion

---

Zum Beschlussantrag wurde eine Stellungnahme der Verwaltung ausgereicht.

**Frau Stadträtin Knorr (SPD-Fraktion)** bringt den Beschlussantrag ein und erklärt, dass damit keine Änderung der Spielplatzkonzeption angedacht sei.

**Herr Stadtrat Rotter (Fraktionsgemeinschaft VOSI/Piraten)** bringt einen Änderungsantrag zum Beschlussantrag ein.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(45 Ja-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen)**

**Beschluss BA-019/2015**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zum Juli 2016 ein Konzept zu erarbeiten und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen, an welchen Stellen touristisch genutzter Radrouten Rastplätze eingerichtet werden können.

Hierbei sind verschiedene Gestaltungsvarianten zu prüfen:

- Größe und Ausstattung eines Unterstandes
- Sitzgelegenheiten
- Spielgeräte für Kinder
- Freiflächen (z. B. fürs Picknick)

Sowohl für die Planung als auch für den Bau von bis zu vier Rastplätzen im Stadtgebiet sind die benötigten Mittel in den Finanzplan der Jahre 2016 und 2017 einzustellen. Hierbei sind vorhandenen Fördermöglichkeiten zu prüfen.

Die Standorte sollen mit den Umlandgemeinden sowie mit den verschiedenen Bau- lastträgern abgestimmt werden.

Fertig gestellte Rastplätze sind bei den verschiedenen Tourismusverbänden bekannt zu machen.

Alle laufenden und vorgesehenen Planungen zu touristischen Radrouten sollen um den Punkt „Rastplätze“ ergänzt werden.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(47 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

---

10      Anfragen der Stadträtinnen und Stadträte

Es werden keine Anfragen gestellt.

- 11 Bestimmung von zwei Stadtratsmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Stadtrates - öffentlich -
- 

Zur Unterzeichnung der Niederschrift werden Frau Stadträtin Barthold (SPD-Fraktion) und Frau Stadträtin Kempe (CDU-Ratsfraktion) bestätigt.

02.04.2015 *Barbara Ludwig*  
Datum Barbara Ludwig  
Vorsitzende  
des Stadtrates

13.04.2015 *Barthold*  
Datum Steffi Barthold  
Mitglied  
des Stadtrates

09.04.2015 *S. Kempe*  
Datum Solveig Kempe  
Mitglied  
des Stadtrates

02.04.2015 *Seidel*  
Datum Ramona Seidel  
Schriftführerin